

Kurzbericht der Gleichstellungsbeauftragten für die Stadtratssitzung am 17. Juni 2026

Bundeskonzferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten in Lübeck

Im Rahmen der Bundeskonferenz der kommunalen Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, die vom 17. bis 19. Mai 2026 in Lübeck stattfand, wurden mit der Verabschiedung der wegweisenden „Lübecker Erklärung“ sowie über 30 Fachanträgen zentrale gleichstellungspolitische Forderungen an die Bundespolitik formuliert.

Ein wesentlicher Schwerpunkt der Beschlüsse lag auf dem wirksamen Entgentreten gegen Antifeminismus, wobei die Bundeskonferenz die Bundesregierung nachdrücklich dazu aufforderte, zeitnah einen Nationalen Aktionsplan gegen Antifeminismus aufzulegen. Ziel dieses ressortübergreifenden und in Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft zu entwickelnden Plan ist es, antifeministische Bestrebungen als konkrete Gefahr für Demokratie und Gleichberechtigung anzuerkennen, Betroffene wirksam zu schützen, die Präventions- und Bildungsarbeit nachhaltig zu stärken sowie bestehende gleichstellungspolitische Errungenschaften konsequent zu sichern.

Angesichts der weiterhin besorgniserregend hohen Fallzahlen im Bereich der geschlechtsspezifischen Gewalt bildete der Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt einen weiteren Schwerpunkt. Hier forderten die Delegierten die lückenlose Umsetzung der Istanbul-Konvention und des Gewalthilfegesetzes sowie die Initiierung einer flächendeckenden, inklusiven Präventionskampagne, die bereits im Kindesalter ansetzt.

Besondere Aufmerksamkeit widmete die Konferenz zudem der Lebensrealität von Alleinerziehenden, für die ein umfassendes Gesetzespaket zur finanziellen Absicherung und zum Abbau struktureller Benachteiligungen verlangt wurde. In diesem Kontext wurde die geplante Einschränkung des Unterhaltsvorschusses für Kinder ab dem zwölften Lebensjahr scharf kritisiert, da diese Maßnahme das Armutsrisiko von Ein-Eltern-Familien drastisch erhöht; da Alleinerziehende überwiegend Frauen sind, stellt diese Kürzung eine direkte gleichstellungspolitische Herausforderung dar.

Im Bereich der Geburtshilfe wurde die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung von Schwangeren und Gebärenden angemahnt, wofür Nachbesserungen beim Hebammenhilfvertrag, eine stärkere Unterstützung von Beleghebammen sowie strukturelle Maßnahmen gegen den Hebammenmangel und die zunehmende Schließung von Geburtskliniken beschlossen wurden. Darüber hinaus plädierten die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten für mehr Steuergerechtigkeit und eine stärkere finanzielle Entlastung von Familien durch eine Erhöhung des Elterngeldes, eine Reform des Elterngeld- und Elternzeitgesetzes, die Einführung einer eigenständigen bezahlten Partnerfreistellung unmittelbar nach der Geburt sowie die Abschaffung des Ehegattensplittings.

Schließlich bekräftigte die Konferenz ihre langjährige Forderung nach reproduktiver Selbstbestimmung durch die restlose Streichung des Paragraphen 218 des Strafgesetzbuches, um Schwangerschaftsabbrüche zu legalisieren und betroffene Frauen zu entkriminalisieren. Diese Themen stellen einen strategischen Auszug der Gesamtergebnisse dar, welche die Bundesarbeitsgemeinschaft nun an die zuständigen Bundesministerien zur weiteren Umsetzung übermittelt.

Einzelveranstaltungen in Lohne

Auf lokaler Ebene spiegelte sich die gleichstellungspolitische Arbeit im Berichtszeitraum in verschiedenen Einzelveranstaltungen und Kooperationen wider. So fand am 14. April eine Autorinnenlesung mit Basma Hallak zu ihrem Buch „Please unfollow me“ am Gymnasium

Lohne statt, die sich an die Schülerinnen und Schüler des elften Jahrgangs richtete und in Kooperation mit der Katholischen Bücherei St. Gertrud Lohne realisiert wurde. Aus gleichstellungspolitischer Sicht beleuchtet der Roman am Beispiel einer jugendlichen Protagonistin kritisch die geschlechtsspezifischen Schattenseiten der Influencer-Kultur. Thematisiert werden dabei der Verlust der digitalen Selbstbestimmung, der Druck patriarchaler Schönheits- und Leistungsaspekte in den sozialen Medien sowie die Gefahren digitaler Gewalt und Ausbeutung von Mädchen im Netz.

Am 28. April fand im Vortragsraum des Industriemuseums Lohne ein kunsthistorischer Fachvortrag von Frau Dr. Krella zum Thema Künstlerinnen in der DDR im Rahmen der Ausstellung „Frauen im geteilten Deutschland“ statt. Sie referierte zum Thema „Von der Verschollenen Generation bis zur Dresdner Sezession zu Gussy Hippold-Ahnert und Gudrun Trendafilow“, welcher in Zusammenarbeit mit dem Freundeskreis Luzie Uptmoor e. V. organisiert wurde und auf reges öffentliches Interesse stieß.

Teilnahme an Vorstellungsgesprächen

Neben der inhaltlichen Veranstaltungsarbeit bildete die Sicherung der Chancengleichheit in der kommunalen Verwaltung einen weiteren Schwerpunkt der täglichen Praxis, weshalb die Gleichstellungsbeauftragte aktiv an zahlreichen Personalauswahlverfahren mitwirkte. Im Berichtszeitraum erstreckte sich dies auf die Vorstellungsgespräche für die Besetzung der Ausbildungsstelle zum Gärtner auf dem städtischen Bauhof, die Auswahlverfahren für das Schulsekretariat an der Ketteler-Schule sowie die Stellenbesetzungen für eine Reinigungskraft im Rathaus und für die Stelle Sachbearbeitung im Bauamt.

Rebecca Fischer
Gleichstellungsbeauftragte